

Touré in Guinea. (Bekanntlich hält dieser den Erzbischof Tchidimbo von Conakry in lebenslanger Haft.) Sekou Touré bezeichnete die OAU als anachronistisches und den Interessen des Neokolonialismus dienendes Gremium. Außerdem ermunterte er Mobutu zur Nationalisierung aller Schulen, weil erst dadurch eine „laizistische“ und afrikanische Erziehung garantiert werden könne.

Doch auch Kardinal Malula steht als Verfechter der kirchlichen Position zu Fragen der Re-afrikanisierung in Zaire nicht verlassen da. Der Erzbischof von Ouagadougou (Obervolta), Kardinal *Zoungrana*, bezeichnete anlässlich einer päpstlichen Audienz, die am 28. Februar 1972 in Rom stattfand, die Behandlung Kardinal Malulas von seiten des Regierungschefs von Zaire als eine Demütigung für ganz Afrika. Ein solches Vorgehen, wie es Präsident Mobutu gewagt habe, sei der afrikanischen Zivilisation fremd. Auf diese Weise könne Mobutu die vielbeschworene *afrikanische Authentizität* auf keinen Fall glaubwürdig machen. Außerdem teilte Zoungrana mit, daß die 13 Erzbischöfe und Bischöfe der westafrikanischen französischsprachigen Bischofskonferenzen ein Solidaritätstelegramm an Kardinal Malula geschickt hätten. Weiterhin habe das afrikanische Bischofssymposium eine entsprechende Solidaritätsbekundung an den Episkopat von Zaire gesandt. Einen direkten Appell an Präsident Mobutu richtete der Erzbischof von Dakar (Senegal), *Thiandum*, in dem er Mobutu aufforderte, sich mit Kardinal Malula auszusöhnen. Er begründete dies mit der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat, die nur vereint das „Neue Afrika“ bauen könnten. Afrika könne es sich nicht leisten, seine Zeit mit sinnlosen Konflikten zu vergeuden.

Ein Kompromiß bahnt sich an

Mittlerweile sind trotz der immer noch angespannten Lage in Zaire einige Kompromisse zwischen Regierungs- und Kirchenvertretern zustande gekommen, die Anlaß zu der Hoffnung geben, daß in diesem Lande die Fronten zwischen den beiden Kontrahenten noch keineswegs erstarrt sind. Das Politbüro der Einheitspartei Zaires, *Le Mouvement Populaire de la Révolution* (MPR), hatte befohlen, daß ab 1. April 1972 alle diejenigen katholischen Seminaristen geschlossen

werden, die die Einrichtung einer Zelle der Jugendorganisation der Partei (JMPR) verweigerten. Daraufhin hatte der Vorsitzende der Zairischen Bischofskonferenz, Msgr. *Lesambo* (Inongo), die Schließung der Großen Seminaristen, in denen insgesamt 460 Priesterkandidaten ausgebildet werden, angeordnet. Die Seminaristen von Kasai, Kabwe und Kananga schlossen ihre Pforten nicht, sondern richteten die gewünschten Parteizellen ein. Nach Gesprächen zwischen der Bischofskonferenz und Regierungsvertretern fand man denn zu einem Kompromiß mit dem Ergebnis, daß der Staat in den Seminaristen seine Parteiinteressen wahrnehmen dürfe, ohne jedoch die Theologiestudenten zum Eintritt in die JMPR zu zwingen. Der Generalsekretär des politischen Büros erklärte sich außerdem damit einverstanden, daß die Zweckbestimmung und geordnete Führung in diesen religiösen Institutionen von der Partei respektiert würden.

Im Falle der ausschließlich *afrikanischen Namensgebung* lenkte die Regierung ebenfalls ein. Alle Einwohner Zaires, die vor dem 16. Februar geboren sind, brauchen sich noch nicht an die staatliche Verordnung zu halten. Am 26. März 1972 wurden in Kinshasa in der Pfarrei St. Pierre 300 Mädchen und Jungen im Alter von 11 bis 15 Jahren auf ausschließlich christliche Namen getauft. Der Taufritus wurde nach afrikanischer Liturgie in der Lingala-Sprache vollzogen. Grundsätzlich haben die zairischen Bischöfe keine Einwände gegen afrikanische Taufnamen. Sie wünschen jedoch, daß christliche Namen beibe-

halten werden (auch um ein Chaos in den Tauf- und Standesamtsregistern zu vermeiden).

Kehrt der Kardinal zurück?

Angesichts der sich so abzeichnenden Entspannung zwischen dem zairischen Regime und der katholischen Kirche hielt man es bereits in den letzten Wochen nicht mehr für unmöglich, daß dem Kardinal wieder gestattet würde, in seine Diözese zurückzukehren. Als Mitte Mai die Agenturen meldeten, Mobutu habe den Kardinal autorisiert, wieder seinen Platz in Zaire einzunehmen, hat diese Nachricht wegen des frühen Zeitpunktes dennoch überrascht. Der Präsident habe sich aufgrund eines persönlichen Briefes des Kardinals zu diesem Akt entschlossen, den dieser nicht anders als einen „Gnadenakt“ versteht. Der Präsident, so meldet Radio Zaire, habe sich dazu entschlossen, nachdem der Kardinal „einen Beweis seiner Reue“ gegeben habe. Noch einmal betonte dieselbe Quelle, dieser Gnadenweis Mobutus mache in flagranter Weise sichtbar, daß es sich um keinen Konflikt zwischen Kirche und Staat gehandelt habe. Die Wahrheit ist wohl die, daß das Regime des kongolesischen Präsidenten in eine Krise geraten ist und wegen des wachsenden politischen Widerstandes auch innerhalb der Regierungsstellen und innerhalb der Einheitspartei an zusätzlichen Gegnern keinen Bedarf hat. Wann und ob der Kardinal unter den gegebenen Umständen tatsächlich nach Zaire zurückkehrt, war bei Redaktionsschluß offen.

Lateinamerikanische Christen für den Sozialismus

In der letzten Aprilwoche, zu einem Zeitpunkt, da das Interesse der Weltöffentlichkeit auf Santiago de Chile und die dort stattfindende dritte Konferenz der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) gerichtet war, trafen dort auch — nicht ganz zufällig — 400 Delegierte der lateinamerikanischen Bewegung „*Cristianos por el Socialismo*“ (Christen für den Sozialismus) zusammen. Während Vertreter der reichen und armen Länder über Entwicklungsprobleme konfe-

rierten, trafen sich hier in bescheidenerem Rahmen — in einer Werkshalle der kürzlich nationalisierten Textilfabrik Hirmas — Priester und Laien, christliche Anhänger der Regierung Allendes, aus 28 lateinamerikanischen Staaten (darunter auch aus Kuba) mit dem Ziel einer Analyse der strukturellen Gründe sozialer Ungerechtigkeit in Lateinamerika. Für die Kirche in Lateinamerika, die sich seit der Bischofskonferenz von Medellín (Herbst 1968) in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß be-

findet, ist die *Auseinandersetzung mit dem Marxismus* insbesondere im vergangenen Jahr immer stärker zum „heißen Eisen“ geworden. In diesem Zusammenhang sei an die Ende April 1971 veröffentlichte Erklärung der 80 linksorientierten Arbeiterpriester (Comunicado de los „Ochenta“) in Chile erinnert, in der für die Sozialisierungspolitik des Präsidenten Allende und für die Vereinbarkeit von Christentum und Marxismus Stellung genommen wurde (vgl. HK, Dezember 1971, 577).

Santiago ein neuer Sammelpunkt

Das Verhältnis von Christentum und Marxismus (mit lateinamerikanischer Prägung) war auch das Thema der Gespräche, die *Fidel Castro* bei seinem kürzlichen Staatsbesuch in Chile mit Kardinal *Silva Henriquez* und einer Gruppe von Arbeiterpriestern führte. Es handelte sich bei letzterer vorwiegend um die Verfasser der Erklärung für Allende und um die chilenische Kerngruppe der Bewegung „Christen für den Sozialismus“, an deren Spitze der chilenische Jesuitenpater *H. Arroyo* steht. *Fidel Castro* erinnerte bei dieser Gelegenheit an den Ausspruch *Che Guevaras*, nach dem „der Augenblick, in dem sich die Christen der Notwendigkeit der Revolution bewußt würden, ein Tag von entscheidender Bedeutung“ sei, und lud zu einem Besuch in Kuba ein.

Angesichts dieses offenen politischen Engagements linker Priestergruppen ist die vermittelnde *Rolle der Hierarchie* in Lateinamerika zunehmend schwieriger geworden. Wie schwierig es ist, die nötigen Abgrenzungen bezüglich der Gemeinsamkeiten und der Gegensätzlichkeit von christlichem und marxistischem Denken auch auf dem lateinamerikanischen Hintergrund zu schaffen, zeigte bereits die Publikation der chilenischen Bischöfe „*Evangelio, politica y socialismo*“ vom Juli 1971, die eine Antwort auf die Erklärung der Arbeiterpriester darstellte (vgl. HK, Dezember 1971, 577). Erst kürzlich erreichte die Bischofskonferenz bei ihrer letzten Versammlung bei Punta de Tralca ein *Schreiben des Kardinalstaatssekretärs J. Villot*, das speziell auf die Herausforderung der Kirche durch die Aktivität der „Christen für den Sozialismus“ Bezug nahm. Wörtlich hieß es: „Der Papst betet für den Erfolg der Bemühungen jedes einzelnen Bischofs, die kräftigen Bestrebungen

dieser Priester weise und in Übereinstimmung mit der wahren Sendung der Kirche zu leiten, indem der ständige Dialog mit all denen gepflegt würde, die durch Tendenzen oder Handlungen, die im Widerspruch zur apostolischen Sendung stehen, bedroht oder irregeleitet scheinen“ (nach NC News Service, 19. 4. 72).

Der Kardinal warnt

Die Versammlung der „Christen für den Sozialismus“, die ohne die Zustimmung der Chilenischen Bischofskonferenz einberufen wurde, und insbesondere das von der Bewegung vorbereitete *Arbeitsdokument* hatten schon mehrere Wochen vor ihrem Beginn eine heftige Diskussion ausgelöst. Kardinal *Silva Henriquez*, der von den Führern der Bewegung gebeten worden war, den Vorsitz der Versammlung zu führen, hatte dies mit der Begründung abgelehnt, es handele sich, wie er aus der Lektüre des Arbeitsdokuments schließen müsse, um eine *politische* Versammlung mit dem Ziel, die Kirche und die Christen in den Kampf für den Marxismus und für die marxistische Revolution in Lateinamerika hineinzuziehen. In seinem Brief an *P. Arroyo* kritisierte der Kardinal die Tatsache, daß in dem Dokument ohne den geringsten Bezug auf das Evangelium oder die Kirche von „engagierten Christen“ gesprochen, daß die Revolution als einzige Möglichkeit der Befreiung gesehen werde und daß man das Christentum auf einen revolutionären Klassenkampf beschränke, die Theologie zur Ideologie umforme und in der Beschränkung auf das Moment der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation in einem ausschließlich „soziologischen“ Christentum stehenbleibe (vgl. *Noticias Aliadas*, 15. 4. 72). Im Rahmen einer Predigt in der Kathedrale von Santiago versuchte der Kardinal in Form einer aktuellen Interpretation der Gestalt Christi die Priester von der Notwendigkeit ihrer Abwendung vom aktiven politischen Engagement zu überzeugen. „Ja, auch Christus lebte in einer Zeit, die vom politischen Kampf in Palästina gezeichnet war“, hieß es in dieser Predigt. „Aber Christus ergriff niemals Partei. Er beschränkte seine Freiheit darauf, die Unzulänglichkeiten der Gesellschaft im politischen und religiösen Bereich zu kritisieren und versuchte ihre *Läu-*

terung... Er duldete niemals eine scharfe Trennung von Unterdrückern und Unterdrückten... Er wehrte sich dagegen, ein politischer Messias zu werden, indem er auf das Schwert, die Maschinenpistole jener Zeit, verzichtete... Christus brachte der Welt ein lebendiges Element, das die Gesellschaft stärker verändern kann als jede gewaltsame Aktion: nämlich seine Liebe, die es vermag, das Angesicht der Erde zu verwandeln“ (zit. nach *Noticias Aliadas*, 21. 4. 72).

Arroyo: auch als Marxist kann man Christ sein

Auf der Seite der christlichen Marxisten, deren Antwort in einem offenen Brief *Arroyos* an den Kardinal festgehalten ist, werden die Zusammenhänge zwischen christlichem und marxistischem Engagement anders gesehen. „Eine Sache ist es, zu glauben, daß in Christus die *einzigste und vollkommene Befreiung* der Menschheit gegeben ist, und eine andere, die aber nicht im Widerspruch zur ersten steht, wenn man auf die *menschlichen Mittel*, nämlich den Marxismus, für eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Befreiung zurückgreift, die die Befreiung durch Christus nicht beeinträchtigt...“ Und etwas weiter im Text heißt es ausdrücklich: „Wenn unsere Handlungen wirklich eine Absage an das Christentum darstellten, so würden sie all ihre Bedeutung verlieren. Um dies zu behaupten, muß man schon glauben, wir hätten den Glauben aufgegeben und eine christliche Fassade gewählt, um sie geschickt in den Dienst parteipolitischer Interessen zu stellen... Wenn die Rede von ‚historischem Materialismus‘ ist, soll damit nicht eine Negation des Geistigen oder Gottes gemeint sein, sondern ein Versuch der sozialen Transformation und Intellektualisierung, der wie jede Wissenschaft von empirischen Daten ausgeht...“

Die Versammlung der „Christen für den Sozialismus“ fand schließlich wie vorgesehen statt, obwohl der chilenische Episkopat einen Rundbrief an alle lateinamerikanischen Bischöfe gerichtet hatte, in dem der Versammlung ausdrücklich die „offizielle Zustimmung“ abgesprochen wurde und der eine Anzahl von Bischöfen von der Teilnahme abhielt und in manchen Ländern die Fronten zwischen Bischöfen und Priestern verschärfte. Von den Bischöfen hat als einziger

Mendez Arceo von Cuernavaca teilgenommen, der mit der Bewegung seit längerer Zeit sympathisiert. Einzelne Bischöfe nahmen aber Kontakte am Rande der Tagung wahr. Hingegen war die chilenische Regierung zeitweise sogar mit drei Ministern vertreten, dem Außenminister Cl. Almeyda, dem Wirtschaftsminister J. Conchol und dem Gesundheitsminister J. C. Concha. Almeyda, der auch den Vorsitz der UNCTAD-Konferenz innehat, erklärte, daß in der gegenwärtigen Verständigung einer Gruppe von Christen und Sozialisten neue Perspektiven in der Aufgabe, die quälende soziale Ungerechtigkeit zu beenden, gesehen werden könnten (NC News Service, 24. 4. 1972).

Dagegen erklärte das Sekretariat der Erzdiözese Santiago gegenüber der Presse, es handele sich um eine nicht-autorisierte Veranstaltung, und der Apostolische Nuntius dementierte Pressemeldungen, nach denen die vaticanische Delegation der UNCTAD eine Teilnahme an der Versammlung beabsichtigt hätte (nach Noticias Aliadas, 27. 4. 72). Dennoch war der Kardinal selbst während der Tagung um Konzilianz bemüht. Er empfing die Teilnehmer auf deren Ersuchen und versicherte bei dieser Gelegenheit u. a.: Die Bischöfe könnten sich selbst nicht auf den von der Bewegung gewählten Weg begeben, möglicherweise könnten es aber andere. Man wolle zusehen und billigen, was gut daran ist, aber auch in allem Freimut sagen, was man für weniger gut hält.

Die Diskussion der Versammlung stand unter doppeltem Leitsatz, einmal unter dem Bibelzitat: „Er hat mich gesandt, Bedrückte in Freiheit zu setzen“ (Luk. 4, 19), zum anderen unter dem Ausspruch Che Guevaras: „Sobald die Christen wagen, in umfassender Weise sich zur Revolution zu bekennen, wird die Revolution in Lateinamerika unaufhaltsam sein.“ Ansatzpunkt aller Gespräche war die mögliche Verbindung eines revolutionären Engagements mit dem christlichen Glauben angesichts der lateinamerikanischen Realität, die sich für die Teilnehmer fast ausschließlich als Not eines von der kapitalistischen Welt ausgebeuteten Kontinents darstellte. P. Arroyo betonte, es gehe um die theologische Überprüfung dessen, was christlicher Glaube und christliches Gewissen angesichts sozialer Ungerechtigkeit zu sagen hätten. Die

Gleichzeitigkeit der Versammlung mit der UNCTAD-Konferenz solle das Bewußtsein stärken, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Dritten Welt von den reichen Nationen die Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Entwicklung sei. Er kritisierte die sozialen Reformideen des Zweiten Vatikanischen Konzils als unzureichend und forderte: „die Kirche muß sich entschieden auf die Seite der Armen stellen“ (NC News Service, 24. 4. 1972).

In den Diskussionen der Versammlung trat an die Stelle der moralischen Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit durch die Bischofskonferenz von Medellín die Forderung nach einer wissenschaftlich konzipierten Analyse der strukturellen Gründe dieser Ungerechtigkeit. Eine solche Analyse stellt in der Perspektive der marxistisch engagierten Christen in Lateinamerika die bisherige Form des Christentums in Frage, die in bestimmter Weise vor der herrschenden Gesellschaftsschicht geprägt sei.

Von Allendes Debakel nicht angekränkt

In einem abschließenden Kommuniqué, das zum Ende der Versammlung verfaßt wurde, von dem aber nur eine längere Textpassage veröffentlicht wurde, heißt es: „Die Strukturen unserer Gesellschaft müssen von Grund auf verändert werden... Die vom imperialistischen Kapitalismus beherrschten Völker müssen sich vereinigen, um die Situation der Unterdrückung und Ausbeutung, der sie unterworfen sind, zu durchbrechen... Die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der lateinamerikanischen Länder haben ihre Wurzel in der Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die die Folge einer kapitalistischen Situation, verbunden mit Abhängigkeit von den großen wirtschaftlichen Machtzentren ist. In jedem unserer Länder gibt es Minoritäten, die Verbündete und Diener des internationalen Kapitalismus sind und die mit allen Mitteln in jedem dieser Länder eine zu ihrem eigenen Vorteil geschaffene Situation aufrechtzuerhalten versuchen. Angesichts dieser Realität sieht die Gruppe der christlichen Marxisten in Lateinamerika die einzige Möglichkeit der Bekämpfung des Imperialismus und Überwindung dieser Abhängigkeitssituation in der Errichtung des Sozialismus... Die Errichtung des Sozialis-

mus“, so heißt es weiter, „ist aber nicht durch unbestimmte Appelle an den guten Willen zu erreichen, sondern fordert eine Analyse, die ein Erkenntnis der Mechanismen ermöglicht, die die Gesellschaft steuern, eine Analyse, die die Unterdrückung offenkundig macht und die fähig ist, diejenigen zu entlarven und beim Namen zu nennen, die offen oder in verschleierter Form die Arbeiterklasse unterdrücken. Vor allem aber fordert sie die aktive Teilnahme an dem Kampf, den die unterdrückte Klasse gegen die Unterdrücker unternimmt. Wahre christliche Nächstenliebe könne diesen Kampf nicht einfach totschweigen, der von den Ausbeutern des Volkes entfesselt wurde.“ Besonders wichtig scheint der christlich-marxistischen Bewegung die baldige Zusammenarbeit der Christen mit den verschiedenen linken Gruppen in Lateinamerika, da ideologische Meinungsverschiedenheiten nur der Erhaltung des gegenwärtigen Ungleichgewichts dienen. Mit der Veröffentlichung ihrer Diskussionsergebnisse möchte die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ einerseits ihre Bereitschaft zur „Teilnahme am revolutionären Kampf“ ausdrücken, andererseits hofft sie, „daß diese Gedanken auch andere Christen zur Reflexion und zum Versuch anregen können, sich für den rechten Weg zu entscheiden...“

Es ist kein Zweifel — auch der Kardinal attestierte ihnen das —, die Anhänger der christlichen Gruppen für den Sozialismus wollen christlichen Glauben und marxistische Sozialanalyse verbinden, ohne den ersteren zugunsten der letzteren aufzugeben. Aber indem sie die Lösung der politisch-sozialen Probleme im Marxismus suchen und indirekt das soziale Engagement von dem Christentum trennen, indem sie es ideologisch motivieren, desinkarnieren sie entgegen ihren Absichten das Christentum mit Hilfe der marxistischen Sozialanalyse und unterlaufen damit ihre eigene ursprüngliche Motivation. Zum anderen waren sie trotz des Anschauungsmaterials, das ihnen die Regierung Allende seit Monaten bietet, mit Zweifeln an der transformatorischen Wirksamkeit lateinamerikanischer Varianten des Sozialismus nicht angekränkt. Die Handicaps sozialistischer Reformpolitik seien zu ausschließlich in den Folgekosten der kapitalistisch verursachten Ausbeutungsmechanismen.